

Verkehrsrecht - Ärger nach Ende des Leasingvertrages - Rechtsanwalt Stapf, Mannheim

Der Kunde K entschied sich für ein günstiges Leasingangebot seines Autohändlers. Während der Leasingzeit lief alles problemlos. Die Schwierigkeiten fingen nach der Beendigung des Vertrages und mit der Rückgabe des Fahrzeugs an.

Der Leasinggeber ließ das zurückgegebene Auto von einem Sachverständigen untersuchen. Der Gutachter hat Schäden an dem Fahrzeug festgestellt. Diesen vom Sachverständigen ermittelten Schaden wollte der Leasinggeber nun vom Kunden ersetzt haben.

Der Leasinggeber berief sich darauf, dass dies im Leasingvertrag unter den Vertragsbedingungen so festgelegt sei. Der Kunde bestritt einerseits die Schäden am Auto, andererseits hätte der Leasinggeber ihm die Möglichkeit geben müssen, eventuelle Schäden selbst auf eigene Kosten zu beseitigen.

Der Prozess zwischen der Leasinggesellschaft und dem Kunden vor dem AG Blomberg (Urteil vom 20.04.2010, AZ 4 C 324/10) ging zu Gunsten des K aus.

Auch das Gericht ist der Auffassung, dass der Leasinggeber bei Rückgabe des Fahrzeugs dem Leasingnehmer zunächst Gelegenheit geben müsse, eventuell am Leasingfahrzeug vorhandene Schäden selbst zu beseitigen.

Soweit der Leasingvertrag etwas anderes vorsieht, verstößt der Vertrag gegen das Gebot von Treu und Glauben und die Bestimmung in dem Vertrag ist unwirksam.

Nach Auffassung des Gerichts ist die Klausel in dem Leasingvertrag mit einem wesentlichen Grundgedanken des Zivilrechts nicht vereinbar, wenn der Leasingvertrag so gestaltet ist, dass dem Kunden jede Möglichkeit genommen wird, bei Rückgabe des Fahrzeugs vorhandene Schäden selbst oder durch eine selbst ausgesuchte Werkstatt zu beseitigen.

Eine solche Klausel, wie in dem eben geschilderten Fall, gibt es in jedem Leasingvertrag. Das Urteil ist daher von großer praktischer Bedeutung.

Seit die Restwerte der Fahrzeuge durch das Überangebot auf dem Gebrauchtwagenmarkt in den Keller gehen, kommt es zu diesen Streitfällen. Die Restwerte sind für die Berechnung der Leasingraten von wesentlicher Bedeutung.

Viele Leasinggeber versuchen nun durch Geltendmachung hoher Reparaturbeträge beim Kunden, Verluste zu verringern. Die Gutachter untersuchen dabei die Fahrzeuge geradezu unter dem Mikroskop und legen in ihren Gutachten die hohen Stundensätze der Vertragswerkstätten der entsprechenden Hersteller zu Grunde.

Die Leasinggesellschaften konnten dies bisher auch so gegenüber dem Kunden geltend machen, indem sie auf die entsprechende Klausel im Leasingvertrag verwiesen haben. Damit dürfte nun Schluss sein. Der Rechtsweg ist allerdings noch lange nicht ausgeschöpft.

Auf jeden Fall bietet dieses Urteil in der Zwischenzeit dem Leasingkunden eine gute Argumentationsgrundlage.